PB.Z-01-727

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 726 bis 727 einfügen:
wir illegalen Waffenhandel, auch und gerade auf Online-Marktplätzen, verstärkt verfolgen. Den privaten Waffenbesitz tödlicher Schusswaffen wollen wir weitestgehend beenden.

Bevölkerungsschutz krisenfest machen

Deutschland verfügt über ein herausragendes Netz von Akteur*innen, die im Katastrophenfall handlungsfähig sind. Das Rückgrat hierfür bilden die überwiegend freiwilligen Mitglieder der Hilfsorganisationen, Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks. Die Klimakrise und die Herausforderungen unserer modernen Gesellschaft setzen dieses System unter Druck. Gerade länderübergreifende Katastrophen, wie Pandemien, Hochwasserereignisse, Waldbrände oder flächendeckende Stromausfälle, haben ein enormes Schadenspotenzial und erfordern koordiniertes Handeln, wenn einzelne Länder an Ihre Grenzen stoßen. Wir wollen, dass sich der Bund hier stärker engagiert und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe mehr Kompetenzen bekommt. Das freiwilligen und Spontanhelfer*innen-Engagement wollen wir weiter stärken und für digitale Bereiche, z.B. über ein Cyber-Hilfswerk, fit machen. Außerdem setzen wir uns für eine Stärkung des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes ein, um die interdisziplinäre Bekämpfung von zukünftigen Pandemien sicherzustellen.

Begründung

Bevölkerungsschutz muss als Sicherheitsthema verstanden werden. Aktuell scheint es so zu sein, dass wir die einzige Partei sind, die das wirklich begreift und ernstzunehmende Vorschläge zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes macht. Das sagen uns auch Akteurinnen und Akteure, die täglich mit diesen Themen zu tun haben. Daher ist es wichtig den Bevölkerungsschutz auch im Wahlprogramm als Sicherheitsthema zu setzen. Eine Lehre aus der aktuellen COVID-19 Pandemie ist, dass regionale und föderale Strukturen noch erfolgreicher funktionieren könnten, wenn in einer internationalen bzw. bundesländerübergreifenden Krise eine adäquate Koordinierung und zielgerichtete Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteuren bestehen würde. Das ist derzeit nicht gewährleistet, weshalb wir den föderalen Bevölkerungsschutz besser aufstellen müssen.

weitere Antragsteller*innen

Julia Höller (KV Bonn); Johannes Schneider (KV Berlin-Mitte); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Michael Servatius (KV Berlin-Kreisfrei); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Herbert Lange (KV Landshut-Land); Barbara Wagner (KV Bodenseekreis); Robin Wagener (KV Lippe); Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte); Karl-Heinz Hage (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Anna Abbas (KV Gelsenkirchen); Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr); Maik Babenhauserheide (KV Herford); Daniel Elfendahl (KV Potsdam-Mittelmark); Wolfgang Wetzel (KV Zwickau); Manuela Rottmann (KV Bad

Kissingen); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Jens Kolodziejczak (KV Berlin-Friedrichshain/ Kreuzberg); Theresa Reis (KV Berlin-Mitte)